

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 51/52

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 0,80 × Schlüsselzahl pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 28. Dezember 1923.

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 2 Mill. M. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Venloerwall 9. Telefonruf B 1546. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

24. Jahrg.

Vortwärts, trotz alledem!

Noch leiden wir furchtbar unter dem ungeheuren Druck der Zeitereignisse während der letzten Jahre. Indes zeigen sich am Schlusse des scheidenden Jahres 1923 schwache Hoffnungsschimmer, die uns wieder etwas freier aufatmen lassen. Seit einigen Wochen ist die deutsche Mark in ihrer Abwärtsbewegung zum Stillstand gebracht worden. Daneben ist ein neues Zahlungsmittel, die Rentenmark, auf dem Plane erschienen. Zur Zeit ist sie eine Billon mal mehr wert, wie ihre Kollegin, die Papiermark, die im letzten Jahre so unendlich viel Unheil angerichtet, viele zu Bettlern, andere zu reichen Leuten gemacht hat.

Auch unser Verband hat schwer unter der Herrschaft der Papiergeldflut zu leiden gehabt. Waren doch zeitweise die Geldeingänge bei der Zentrale, gemessen an der Kaufkraft des eingeschickten Geldes, gleich Null. Das Papiergeld, das manche Zahlstellen eingeschickt haben, war nur noch als Altpapier beim Althändler, nicht aber als Zahlungsmittel verwertbar. Daß darum die Sorge des Zentralvorstandes in dieser Zeit keine geringe gewesen ist, steht wohl außer Zweifel. Woche für Woche große Zahlungen leisten müssen, wenn keine entsprechenden Einnahmen vorhanden sind, greift nicht nur die Nerven des Kassierers an, sondern zehrt allmählich auch die stärksten für Notfälle aufgespeicherten Vermögensreserven auf. Kein Wunder daher, wenn auch die Verbandsleitung der hinter uns liegenden Zeit keine Träne nachweint und sich bereit, durch Neugestaltung des Beitragswesens im Verbands dem Rest des Papiergeldschwindels einen Abschiedsruß zu verjehen.

Als Wertmesser für den Verbandsbeitrag wird ab 1. Januar die Rentenmark in Betracht kommen. Dementsprechend erhalten alle Zahlstellen neue Beitragsmarken mit dem Aufdruck 40, 50, 60, 70, 80, 90 und 100 Pfg. Nur diese Marken dürfen also ab 1. Januar verwendet werden, die bisherigen sind ungültig. Jugendliche und weibliche Mitglieder, die so wenig verdienen, daß sie selbst die niedrigste Klasse von 40 Pfg. nicht bezahlen können, zahlen einen Beitrag von 25 Pfg. Endlich ist für Lehrlinge ein Beitrag von 10 Pfg. vorgesehen.

Für die Ortsverwaltungen ist jetzt dringend erforderlich, daß sie sofort den obligatorischen Zahlstellenbeitrag festsetzen, die Vertrauensleute informieren und ihnen die neuen Beitragsmarken aushändigen. Bei der Festsetzung darf nicht mehr der einfache Stundenlohn als oberste Grenze dienen, sondern es muß, wie es auch in der Vorkriegszeit allgemein üblich war, mindestens der anderthalbfache Stundenlohn als unterste Beitragsgrenze zur Richtschnur genommen werden.

Bei der Beitragsleistung bitten wir alle Mitglieder darauf achten zu wollen, daß möglichst in wertbeständigem oder aber doch in Reichsgeld gezahlt wird. Den Verband als Schutzabladestelle zu betrachten, zeugt von recht geringem gewerkschaftlichem Verständnis und ersichert auch den Funktionären ihr mühevolltes Amt. Wer nicht in wertbeständigem Gelde zahlen kann, muß nach dem derzeitigen Kurs für jede 10 Pfg. Rentenmark 100 Milliarden Papiermark entrichten. Damit nicht durch eine plötzliche Kursänderung eine Wertverschiebung der Beitragsleistungen eintritt, ist dringend geboten, die Beiträge nicht nur pünktlich zu entrichten, sondern auch schnellstens auf dem Postcheckkonto einzuzahlen, da auch die Abrechnung in Köln nur noch in Rentenmark erfolgt.

Endlich sei noch an dieser Stelle der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die vorstehende Neuerung bei allen unsern Mitgliedern eine freundliche und verständnisvolle Aufnahme findet. Es gilt unsere gemeinsame Interessenvertretung, den Zentralverband christlicher Holzarbeiter, trotz aller Schwierigkeiten neu zu stärken, damit er seine zukünftigen Aufgaben im Dienste der Mitglieder erfüllen kann. Wer die Zeichen der Zeit zu deuten versteht, wird einsehen, daß den Arbeitern zukünftig die gebratenen Tauben sicherlich nicht in den Mund fliegen werden. Wir werden uns, wie es sich für christliche Arbeiter geziemt, rühren und wehren müssen, um unsern Idealen Geltung zu verschaffen. Nur diese verheißen uns eine glücklichere Zukunft. Daran ist nach dem furchterlichen Mißerfolg des materialistischen Zeitgeistes nicht mehr zu zweifeln.

Wohlan denn, Kollegen und Kolleginnen: mit Gottvertrauen, mit neuem Mut und neuer Schaffensfreude im neuen Jahre an die Verbandsarbeit. Dank allen, die im vergangenen Jahre, trotz der furchtbaren Not, im Verbandsmitgearbeitet haben. Ihnen, sowie denen, welche bereit sind, im neuen Jahre mit Hand und Werk zu legen, wünscht der Zentralvorstand aus ganzem Herzen:

Glück und Segen zum neuen Jahre!

Am Jahreschluß.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse während des nun zu Ende gehenden Jahres 1923 hatte für das deutsche Volk Elend und Not zur Folge. Nervöse Unruhe und Hast bei einem großen Teil der Bevölkerung; untätiges Sichergeben in das, was der Tag brachte, bei anderen, bildeten die Merkmale eines kranken Volks- und Wirtschaftslebens. Wer die Entwicklung der Dinge jetzt am Jahreschluß an seinem geistigen Auge vorüberziehen läßt, wundert sich darüber, daß trotz des furchtbaren außenpolitischen Druckes und der gewissenlosen Zerstückelungsarbeit mancher Kreise im eigenen Lande unser Volk nicht vollständig zusammengebrochen ist. Die Tatsache, daß unser Vaterland allen Gewalten zum Trotz heute als Deutsches Reich noch besteht, läßt die Hoffnung erstarren, daß der nationale Lebenswille des deutschen Volkes doch den Sieg davontragen wird in dem gewaltigen Kampfe um Sein oder Untergang unserer Nation.

Rückblickend auf die Vorgänge und Ereignisse während des Jahres 1923 zeigt sich uns recht wenig Erfreuliches. Eingeleitet wurde alles durch den unglückseligen Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet. Als Antwort auf den Rechtsbruch übermütiger Sieger leistete die Bevölkerung an Rhein und Ruhr passiven Widerstand. Erfolgsvoll begonnen, zeigte sich aber im Verlaufe des Kampfes, daß bei so gewaltigem Unterschied der Kräfte, die hier miteinander gerungen haben, mit einem für Deutschland günstigen Ausgang nicht gerechnet werden konnte.

Für das deutsche Wirtschaftsleben hatten die Maßnahmen der Besatzungsmächte im Industriegebiet die schlimmsten Folgen. Das Herz der deutschen Wirtschaft hörte beinahe zu schlagen auf. So mußte der gesamte Wirtschaftskörper erlahmen. Bei Aufhebung des passiven Widerstandes befand sich unser Staats- und Wirtschaftsleben in einem besorgniserregenden Zustande. Schon im Verlaufe der vorausgegangenen Monate hatte die Entwertung der Mark sich in schneller Tempo vollzogen: Es erweckte den Anschein, als ob keine Möglichkeit mehr gegeben sei, die Inflationsspelle zum Stehen zu bringen. Während der Monate September und Oktober erreichte die Mark im tollsten Laufe einen Tiefstand, den niemand für möglich gehalten hätte. Während zu Beginn des Jahres der amerikanische Dollar noch mit 8—10 000 M. auch im freien Verkehr gekauft werden konnte, mußten in den schlimmsten Wochen unseres Währungsverfalls 12—15 Billionen und noch mehr Mark im freien Verkehr für einen Dollar bezahlt werden.

Die fortwährende Entwertung des Geldes trug eine furchtbare Belastung unseres Staats- und Wirtschaftslebens mit sich. Der Unmoral im Geschäftsleben leistete die Inflation jeden Vorschub. Jeder geforderte Warenpreis wurde damit begründet, daß der Neueinkauf der gleichen Ware um diesen Preis nicht mehr möglich sei. Das konsumierende Publikum kaufte eben, weil man damit rechnen mußte, daß am nächsten Tage bestimmt alles noch mehr kosten werde. So kam es auch, daß die so oft auch den Arbeitnehmern von gewisser Seite vorgeworfene „Verschwendung“ getrieben wurde. So manche bewegliche Klage über das vollständige Fehlen jeden Sparsinnes haben wir über uns ergehen lassen müssen. Sparsamkeit! Sie hat in der Vorkriegszeit, richtig angewandt, auch die Arbeiterfamilie zu guten Verhältnissen führen können. Ihre Sparfamkeit bestand darin, daß jeder entbehrliche Pfennig zurückgelegt wurde, um für unvorhergesehene Fälle, Unglück, Krankheit usw., eine Reserve zu haben oder sich mit zusammengesparten größeren Beträgen Anschaffungen zu machen. Die Sparsamkeit, wie sie früher geübt wurde, auch während der letzten Jahre betätigt, wurde zur Dummheit. Denn wer sein Geld bei irgendeinem Geldinstitut, sei es Sparkasse oder Bank, gegen einige Prozent Zinsen anlegte, mußte erfahren, daß er sein sauer verdientes Geld nur anderen zum Geschäftemachen zur Verfügung gestellt hatte, selbst aber schwer geschädigt war. Es fehlten somit die einfachsten Voraussetzungen für die Belebung des Spartriebes. Das Schwinden der Kaufkraft des Geldes hat auch jene große Unzufriedenheit wachgerufen, die wiederholt zu blutigen Unruhen in den verschiedensten Städten geführt hat.

Der furchtbare Druck des Schicksals und noch mehr die Ungewißheit, was weiter kommen werde, verbunden mit der festen Ueberzeugung, daß manches hätte anders kommen können, wenn der berühmte Entbehrungsfaktor überall in Rechnung gesetzt worden wäre, schaffte jene unberechenbare Massenstimmung, die zu den tödlichsten Unternehmungen gebraucht werden kann. Wer Besserung der augenblicklichen Verhältnisse verspricht, findet Gefolgschaft, mag er auch die untauglichsten Mittel zur Anwendung bringen. Nur so lassen sich die verschiedensten Unternehmungen rechts- und linksradikaler Elemente verstehen, die unserem Vaterlande während des Jahres so unermesslichen Schaden zugefügt haben.

Das Wirtschaftsleben kam gegen Ende des Jahres fast völlig zum Erliegen. Zum größten Teil wird die Schuld daran bei denen zu suchen sein, die mit dem militärischen Einmarsch ins Ruhrgebiet den tödlichsten Eingriff in den Betrieb des Schuldners gemacht haben, den die Weltgeschichte kennt. Wenn mir ein Schreinermeister die Lieferung einer Zimmereinrichtung schuldet, so schlage ich ihm doch nicht seine Betriebseinrichtung kaputt, um damit die Lieferung zu beschleunigen. Doch nicht allein der Druck von außen hat die wirtschaftliche Krise mit der furchtbaren Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Manche Betriebsstilllegung hätte sich vermeiden lassen, wenn die Betriebsinhaber nicht der Versuchung erlegen wären, wieder einmal ihren Machtstandpunkt rücksichtslos zur Geltung zu bringen.

Für die Arbeitnehmer hatte das Jahr 1923 soviel Unangenehmes im Gefolge, daß dem Scheiden des Jahres bestimmt niemand nachtrauert. Jede Lohnfestsetzung wurde durch die Entwicklung der Verhältnisse überholt. Von den monatlichen Verhandlungen über die Löhne zu Beginn des Jahres mußte man im Verlaufe der Zeit zu wöchentlichen Verhandlungen übergehen. Selbst diese erwiesen sich als unzureichend. In Köln betrug der Stundenlohn für Facharbeiter über 22 Jahre zu Beginn des Jahres 375.— M. und erreichte im Monat November für eine Lohnwoche (28. bis 30. Nov.) die Höhe von 1648 Milliarden. Diese beiden Zahlen bringen drastisch zum Ausdruck, welche Entwicklung wir durchmachen mußten. Auf manche Erscheinungen bei dieser Entwicklung werden wir gelegentlich zurückkommen.

Die gewerkschaftlichen Verbände haben während des Jahres 1923 unabweisbar die schwerste Zeit seit ihrem Bestehen durchgemacht. Ungenügende Beitragsleistung der Mitglieder und verspätete Ablieferung der vereinnahmten Gelder durch Vertrauensleute und Kassierer haben auch unserm Verbands die ernstesten Schwierigkeiten bereitet. Auf diese Dinge haben wir im Verbandsorgan sehr oft hingewiesen, es hatte aber manchmal den Anschein, als ob die Gleichgültigkeit und Wurseligkeit allen Geschehnissen gegenüber auch unsere Mitglieder erfaßt hätte.

Wir gehen dem neuen Jahre entgegen in der Hoffnung, daß es dem deutschen Volke endlich gelingen möge, aus dem Zustande der Krise herauszukommen. Schwer wird unsere Arbeit auch im neuen Jahre sein, wenn wir als Arbeitnehmer im Wirtschaftsleben genügende Berücksichtigung finden sollen. Wir kommen aus dem Zustande der schwindelhaften Zahlenillusion wieder zu aufbauender Arbeit. Dabei wird es sich zeigen, ob wir Gewerkschafter sind.

Die Berufsschule.

Zu den vielen großen geistigen und organisatorischen Leistungen, auf die wir Deutschen, ohne uns dem Vorwurf der Ueberheblichkeit auszusetzen, stolz sein dürfen und die uns in der Welt so leicht keiner nachmacht, gehört auch das Berufsschulwesen. Auf eine reiche innere und äußere Geschichte können unsere Berufsschulen zurückblicken.

Schon im sogenannten Schulmodus Ernsts des Frommen von Gotha aus dem Jahre 1642 finden sich Spuren, die auf die Fortbildungsschule hinweisen, und es steht fest, daß die Fortbildungsschulpflicht bereits im Jahre 1695 in Württemberg, 1756 in Baden und 1771 in Bayern eingeführt worden ist. Für Preußen sind in diesem Zusammenhang zwei Erlasse Friedrichs des Großen zu nennen, nämlich das Generallandschulreglement vom 12. August 1763 und das katholische Schulreglement für Schlesien vom 3. November 1756. Von einschneidender Bedeutung für die Entwicklung der preussischen Berufsschulen war die Tätigkeit Bismarcks, und zwar in der Zeit, wo er preussischer Handelsminister war. Er setzte es durch, daß mit dem 1. April 1885 das gewerbliche Schulwesen Preußens dem Kultusministerium entzogen und dem Handelsministerium zugeteilt wurde. Die Verdienste, die sich Bismarck um die Gestaltung des preussischen Berufsschulwesens erworben hat, sind wenig bekannt, aber sehr bedeutungsvoll.

Was die innere Geschichte unseres Berufsschulwesens anlangt, so kann man sie nicht besser kennzeichnen, als dies Kühne (Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, Leipzig, 1923 S. 10) mit folgenden kurzen und treffenden Worten getan hat:

„Wenn mit der Forderung des Bildungsminimums ernst gemacht werden sollte, dann genügt es nicht, den Unterricht allein Kindern zu erteilen. Viele konnten das Ziel aus den verschiedensten Gründen nicht erreichen. Die Schuleinrichtungen genühten nicht, der regelmäßige Schulbesuch war besonders auf dem Lande nicht durchzuführen. Daher wurde bestimmt, daß junge Leute, die bereits in das Erwerbsleben eingetreten waren, zum Schulbesuch herangezogen werden sollten, um eine Ergänzung ihrer Schulbildung zu erhalten. So entstanden die Fortbildungsschulen im ursprünglichen

Sinne des Wortes. Eine andere Beobachtung führte ebenfalls dazu, solche Schulen zu gründen. Viele, die das Ziel der Volksschule erreicht hatten, vergaßen das Gelernte sehr rasch, wenn sie keine Gelegenheit zur Übung mehr hatten. Die ältere Fortbildungsschule war also eine Ersatz-, Ergänzung- und Wiederholungsschule, die Stoffe der Volksschule meist in volkschulmäßiger Weise behandelte und den Unterricht an Sonntagen oder am Abend erteilte, damit die Berufarbeit nicht gestört wurde. Zum Teil übernahm die Fortbildungsschule auch die Aufgaben der Christenlehre, die besonders seit der Reformation für die heranwachsende Jugend eingeführt war. Einen neuen Inhalt bekam die Fortbildungsschule erst im 19. Jahrhundert, seitdem sie die Aufgabe übernahm, eine Ergänzung der beruflichen Ausbildung zu geben. Christenlehre, Ersatz-, Ergänzung- und Wiederholungsschule, Berufsschule sind die Entwicklungsstufen dieser Schulform.

Berufsschule! Das ist die Stufe der geschichtlichen Entwicklung, in der wir jetzt stehen. Vielleicht ist das etwas zuviel gesagt. Vielleicht wäre es richtiger zu sagen, wir ständen erst am Beginn dieser Entwicklungsstufe. In Preußen ist bereits vor einiger Zeit der Name Fortbildungsschule in Berufsschule umgewandelt worden, um auch nach außen hin deutlich zu zeigen, daß eine grundsätzliche Wandlung im Charakter dieser Schulen eingetreten und, daß das berufliche Prinzip nicht nur mehr in den Vordergrund gerückt, sondern zum Fundament der Schulen gemacht werden soll.

Eigentümlicherweise hat diese so wichtige Neuerung in den Kreisen der Arbeitnehmer nur wenig Beachtung gefunden. Die leidige Lohnfrage verschlingt heute eben alles. Das ist sehr bedauerlich. Denn zweifellos ist es eine der vornehmsten Aufgaben eines verantwortungsbewußten Menschen, für geistige Fortbildung des Nachwuchses Sorge zu tragen. Und gerade wir christlichen Gewerkschaftler müssen diesen Dingen ein lebhaftes Interesse entgegenbringen. Wenn wir das Wort „Berufsschule“ hören, klingen bekannte Töne an unser Ohr. Wir sind Vertreter des Berufsgedankens, aber wir sind nicht die einzigen Vertreter dieser Idee. Wir finden den Berufsgedanken z. B. auch in den Reihen der Handwerksmeister und der Gelehrten. Hier begegnen wir nun Schulmännern, die zum Teil weltanschaulich anders orientiert sind als wir und die zudem fast alle einem Lebenskreise angehören, der von dem unsrigen verschieden ist. Diese Männer sind aus der Praxis des Unterrichts und aus der Theorie der Pädagogik heraus zu demselben Punkte gekommen, den wir auf unserem Wege als Arbeiter und Christen gefunden haben: zum Berufsgedanken. Das spricht nicht nur dem Berufsgedanken ein vortreffliches Zeugnis aus, sondern das sollte uns auch Veranlassung sein, die Schulfrage unter dem Gesichtspunkte des Berufsgedankens näher zu betrachten.

Gewiß, wir erkennen den Berufsgedanken an. Indessen neigen wir dazu, ihn zu eng zu fassen und ihn nur auf das rein gewerbliche und das gewerkschaftliche Leben anzuwenden. Hier müssen wir folgerichtig weiterdenken und nicht vor der Prüfung zurückweichen, ob der Berufsgedanke mit Erfolg auf anderen Gebieten angewendet werden könne. Und das kann er. So wird er sicherlich im Verfassungsleben eine Rolle spielen, und auch auf dem Gebiete des Schulwesens wird sich für uns der Berufsgedanke als ungemein fruchtbar erweisen.

Dabei ist zunächst das gewerbliche Schulwesen ins Auge zu fassen. Hier liegt es ohne weiteres klar zutage, wie wichtig die Betonung des beruflichen Gedankens ist. Allerdings: die heutige Berufsschule muß Fortbildungsschule bleiben, insofern sie das in der Volksschule Gelernte „fortbilden“ soll. Allerdings: der Schwerpunkt der Berufserziehung muß nach wie vor in der Lehre oder deren Ersatz liegen. Nichtsdestoweniger müssen die gewerblichen Schulen Berufsschulen sein, und zwar in doppelter Hinsicht.

Erstens: der Unterricht soll der beruflichen Ertüchtigung dienen. Der Schüler soll nicht nur zu einem wertvollen Menschen und guten Staatsbürger, sondern auch zu einem brauchbaren Berufsgenossen erzogen werden. Das ist nicht möglich durch einfache „Fortbildung“ dessen, was die Volksschule in der Seele der Zöglinge hinterlassen hat, sondern da muß man schon andere Lehrmethoden und andere Lehrmittel benutzen. Jedoch ist dies so klar, daß es sich erübrigt, hierauf näher einzugehen.

Zweitens: darüber hinaus muß die gewerbliche Schule nicht nur zum Beruf hinführen, sondern auch in ihrer Lehrmethode an den Beruf anknüpfen und vom Beruf aus den jungen Menschen die Welt zeigen. Denn der Beruf ist bei jedem normalen Menschen ein Brennpunkt des Interesses, und man kann Interesse an einem Gegenstande in einem Menschen wecken, indem man den Gegenstand zum Beruf in Beziehung setzt. So ist es z. B. mit dem Arbeitsrecht. Im allgemeinen dürften die Arbeitnehmer an rechtlichen Fragen nicht viel Interesse haben; dagegen interessieren sie die Fragen des Arbeitsrechts sehr, weil hier ein Zusammenhang mit dem Beruf besteht. Daher ist es auch zu verstehen, daß viele Gewerbetreibende berichten, daß allgemeine Arbeiterunterrichtskurse schlecht besucht wurden, daß aber solche von Erfolg waren, die unter Anleitung an berufliche und fachliche Fragen abgehalten wurden. Diese Erfahrungen muß sich die gewerbliche Schule zu eigen machen und in Anleitung an den Beruf und vom Beruf aus den Unterricht erteilen. Dabei darf sie freilich nicht in den Fehler verfallen, den Schüler anzuhalten, alles einseitig und gewissermaßen durch eine berufliche Brille zu sehen. Dann wäre die Berufsschule eine schlechte Schule. Aber sie wird eine gute Schule

sein, wenn sie die jungen Menschen unter Anknüpfung an das, was der Beruf ihnen zu bringen pflegt, lehrt, die Dinge zu betrachten. Somit ist die Wandlung in Wesen und Namen der gewerblichen Schule von der Fortbildungsschule zur Berufsschule gerechtfertigt.

Endlich noch ein Wort darüber, ob der Berufsgedanke auch für das Schulwesen im allgemeinen, also abgesehen vom gewerblichen Schulwesen, wertvoll sein kann. Wir glauben, diese Frage in vollem Umfange bejahen zu können und befinden uns da in der Gesellschaft hervorragender Schulmänner und Wissenschaftler. Auch im Hinblick auf das höhere Schulwesen wird eine stärkere Heranziehung des Berufsgedankens notwendig sein, wie hier nicht näher dargelegt werden kann. Zweck dieser Zeilen ist ja nur, die Aufmerksamkeit des Lesers auf den Wert des Berufsgedankens für die Schule und den Wert der Schule für den Berufsgedanken zu lenken. Wir sind Anhänger des Berufsgedankens, und erfreulicherweise setzt sich dieser Gedanke in unseren Reihen immer mehr durch. Dabei dürfen wir nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern wir müssen ganze Arbeit machen und dem Berufsgedanken überall Raum zu verschaffen suchen. Indem wir das zufolge unserer grundsätzlichen Einstellung tun, können wir nicht achtlos am Schulwesen vorbeigehen, vielmehr müssen wir hier und gerade hier rückhaltlos die Anwendung des Berufsgedankens fördern, damit er unserer Jugend zugänglich gemacht wird und zugleich auch, damit er unserer Jugend das geistige Fortkommen erleichtert.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 16. bis 22. der 51. und vom 23. bis 29. Dezember der 52. Wochenbeitrag im Jahre 1923 fällig ist.

Beitragsmarken. Mit dem 1. Januar 1924 kommen zur Beitragshebung neue Marken zur Verwendung und zwar nach Rentenmarktbewertung in folgender Höhe: 40 Pfg., 50 Pfg., 60 Pfg., 70 Pfg., 80 Pfg., 90 Pfg. und 100 Pfg.

Außerdem ist für weibliche und jugendliche Mitglieder mit einem so geringen Verdienst, daß davon selbst der Beitrag der untersten Klasse nicht bestritten werden kann, ein Beitrag von 25 Pfg. vorgesehen. Für Lehrlinge beträgt der Beitrag allgemein 10 Pfg.

Mit dem 1. Januar 1924 verlieren die bisherigen Marken ihre Gültigkeit und dürfen von genanntem Termin an nicht mehr verwandt werden. Auch etwaige rückständige Beiträge dürfen nach dem 1. Januar 1924 nur mit den neuen Marken quittiert werden. Dadurch wird es auch den Ortsverwaltungen ermöglicht, ohne Rücksicht auf etwa noch rückständige Beiträge, die Abrechnung pünktlich bis zum 15. Januar einzufenden.

Abrechnungen. Die Abrechnungsvordrucke für das IV. Vierteljahr 1923 gehen den Zahlstellen in den nächsten Tagen zu. Um möglichst sofortige Erledigung der Abrechnung wird gebeten.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf um ausreichende Löhne ist seit Einführung von Festmarktlöhnen in ein Stadium schärfster Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen getreten. Der Umstand, daß die Arbeitgeber sich auf die Stellungnahme des Reichsarbeitsministers zur Lohnfrage stützen, veranlaßte die Gewerkschaftsbünde zu einem gemeinsamen Schreiben an das Reichsarbeitsministerium. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Der schwere Druck der wirtschaftlichen Krise und deren rückwärtslose Ausnützung durch die Arbeitgeber hat die Arbeitnehmer im Kampfe um einen angemessenen Lohn in eine sehr ungünstige Position gebracht. In solcher Zeit erscheint es uns besondere Aufgabe des Reichsarbeitsministeriums zu sein, die wirtschaftlich Schwächeren zu stützen und mit allen Mitteln wucherische Ausbeutung der Arbeitskraft zu verhindern. Leider sind wir genötigt, auszusprechen, daß die Gewerkschaften nicht überzeugt davon sind, daß alle Stellen im Reichsarbeitsministerium die Notwendigkeit solcher Einstellung reiflos erkannt haben; sie bezweifeln insbesondere, daß die vom Reichsarbeitsministerium mit Richtlinien versehenen Schlichtungsausschüsse der eingangs bezeichneten Aufgabe nachzugehen gewillt sind. Wir können uns auch des Eindrucks nicht erwehren, daß die Arbeitgeber-These, nach der an Arbeitslohn im allgemeinen höchstens 2/3 des Friedenslohnes gezahlt werden sollen, im Reichsarbeitsministerium über Gebühr beachtet wird. Wir betreten, daß die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft generell eine derartige Lohnherabsetzung notwendig macht; wir bestreiten mit äußerstem Nachdruck, daß ein solches Lohnniveau zur Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen kann. In bewußter Verkennung der wirklichen Tatsachen wird es so hingestellt, als ob die Goldmark, in der heute gerechnet wird, an Kaufkraft der Friedensgoldmark gleich sei und daß der Abzug von einem Drittel vom Friedenslohn den durch die gegenwärtigen Verhältnisse gebotenen Entbehrungsfaktor darstellt. Es kann aber nicht bezweifelt werden, daß infolge der Weltteuerung bereits selbst die echte Goldmark an Kaufkraft mehr als ein Drittel eingebüßt hat, so daß Löhne, wenn sie auf dieser Basis abgeschlossen würden, bereits einen reichlichen Entbehrungsfaktor enthielten. Nach unseren Verhältnissen können aber zurzeit Festmarktlöhne nur in Goldmarkleihe oder Rentenmark vereinbart werden, die an Kaufkraft erheblich hinter der echten Goldmark zurückstehen. Diese Tatsache wird in der gesamten Wirtschaft anerkannt, was

in der Höhe der in Gold ausgedrückten Warenpreise zum Ausdruck kommt. Wenn aber die Verhältnisse so liegen, dann kann unmöglich an der Fiktion festgehalten werden, daß die heutige Goldmark gleich der Friedensmark sei, und daß ein Festmarklohn in nominaler Friedenshöhe zu hoch liegen könne. Im Gegenteil enthält unter den heutigen Preisverhältnissen ein Friedensnominallohn einen Entbehrungsfaktor, der nicht nur sozial ungerecht, sondern auch wirtschaftlich ganz unbegründet ist. Für die Beurteilung der wirtschaftlich möglichen Lohnhöhe ist entscheidend die Preisverhältnisse. Nachdem feststeht, daß die Preise ein Vielfache der Vorkriegszeit betragen, kann nicht mehr die Rede davon sein, daß die Löhne nicht einmal die Vorkriegshöhe erreichen dürfen. Wir dagegen über der Vorkriegszeit eine solche gewaltige Differenz zwischen dem Preisniveau und der Lohnhöhe festgehalten und damit die Kaufkraft der breiten Masse so niedrig gehalten, daß kaum die elementarsten Lebensbedürfnisse befriedigt werden können, so ist die Wiedergefundaung der Wirtschaft ganz unmöglich. Das Ziel der Wirtschaftspolitik, den drachliegenden Produktionsapparat wieder in Bewegung zu setzen, kann ohne eine Hebung der Kaufkraft der Masse der Bevölkerung und damit der Wiederherstellung eines inneren Marktes nicht erreicht werden.“

Rundschau.

Arbeitslos. Die traurige wirtschaftliche Lage Deutschlands und damit auch die finanzielle wird durch die Tatsache grell beleuchtet, daß die Zahl der völlig erwerbslos oder nicht ausreichend beschäftigten Personen sich auf 5 780 000 beläuft. Das sind, wenn man die Invaliden- und Ruhezugeld beziehenden Personen hinzunimmt, 10 v. H. der Bevölkerung, Frauen und Kinder eingerechnet. Auf das besetzte Gebiet kommen zwei Millionen, auf das unbesetzte 1 450 000 ganz Erwerbslose, während die Zahl der Kurzarbeiter sich auf 500 000 im besetzten und auf 1 830 000 im unbesetzten Gebiet beläuft. Da es sich bei diesen Zahlen nur um solche Personen handelt, die Erwerbslos- oder Kurzarbeiterunterstützung beziehen, ist die Zahl in Wirklichkeit noch größer.

Die wirtschaftliche Lage im besetzten Gebiet. Dem Abbruch des Abwehrkampfes und der Ankündigung, daß die Erwerbslosenunterstützungen eingestellt werden müßten, war bei der Bevölkerung der besetzten Gebiete eine starke Enttäuschung und Depression gefolgt. Man erhob schwere Vorwürfe gegen die Berliner Politik und fühlte sich von aller Welt verraten und verlassen. Die werktätige Bevölkerung setzte ihre letzten Hoffnungen auf die Verhandlungen der Ruhrindustriellen mit der Micum. Nach Ueberwindung zahlloser Schwierigkeiten haben diese schließlich zur Unterzeichnung eines Mantelvertrags mit verschiedenen Anhängen geführt, der den Ausgangspunkt für Einzelverträge der großen Werke mit der Micum bilden soll. Eine ganze Anzahl von Unternehmungen des Ruhrreviers hat bereits derartige Sonderverträge abgeschlossen. Der Mantelvertrag regelt — zunächst provisorisch — die Frage der Zahlung der Kohlensteuer und die Lieferung von Erzeugnissen der Montanindustrie für Reparationszwecke. Der Vertrag ist ein außerordentlich umfangreiches und kompliziertes Dokument, dessen Auslegung und Ausführung den beteiligten Kreisen noch recht viele Schwierigkeiten bereiten wird. Die Industrie des besetzten Gebietes und auch die Wirtschaft des unbesetzten Deutschland wird durch dieses Abkommen in eine Zwangsjacke gepreßt. Wenn der Vertrag bis auf den letzten Z-Punkt ausgeführt werden sollte, so würde das zweifellos eine schwere Schädigung der deutschen Wirtschaftsinteressen und für zahlreiche Gewerbe den völligen Tod bedeuten. Im Gegensatz zum Versailler Vertrag enthält aber dieses Abkommen von vornherein eine ganze Anzahl von Klauseln, die der Micum weitgehende Befugnisse in bezug auf eine Milderung der Zahlungs- und Lieferungsbedingungen einräumen. Die Wirkung des Vertrags für die deutsche Wirtschaft wird deshalb in erster Linie davon abhängen, in welchem Geiste die französisch-belgischen Delegierten die einzelnen Bestimmungen auslegen und anwenden. Das Verhalten dieser Leute wird wiederum in hohem Maße davon abhängen, ob auf deutscher Seite Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine einheitliche Vertragspolitik treiben. Die Interessen von Kapital und Arbeit decken sich so weitgehend, daß ein geschlossenes Vorgehen gegenüber allen unberechtigten Forderungen der Gegenseite ohne weiteres begründet und gegeben wäre. Der Vertrag enthält an sich keinerlei Bestimmungen über die Arbeitsverhältnisse in der Industrie des besetzten Gebietes. Seine Erfüllung ist aber ohne einschneidende Veränderungen der jetzigen Arbeitsbedingungen kaum denkbar. Für die werktätige Bevölkerung ist dieser Waffenstillstand zwischen den Vertretern der Einbruchsmächte und der deutschen Industrie immerhin die Grundlage einer Wiederaufnahme der Arbeit und einer beträchtlichen Reduzierung der Erwerbslosigkeit. Die Geschäftswelt wie die Arbeiterbevölkerung der besetzten Gebiete gibt sich der Hoffnung hin, daß schon in wenigen Wochen ein einigermaßen normaler Beschäftigungsgrad der Bergwerke und Hütten erreicht werden könne, und daß im Anschluß hieran die gesamte Wirtschaftslage in Westdeutschland eine Besserung erfahren wird. Nur die Praxis kann zeigen, ob diese Erwartungen berechtigt sind.

Wertmeister
in Möbelfabrik mit 85—80
Arbeitern gesucht.
Näheres durch die Ortsverwaltung Rbln.

Mehrere
tüchtige Bildhauer
gesucht.
Näheres durch die Ortsverwaltung Rbln.